

Stolperfallen beim Kindergeld

- Ihre Mitwirkungspflichten als Bezugsberechtigter
- Gefahr: So leicht könnten Sie Steuerstraftaten und Ordnungswidrigkeiten begehen!
- Wann müssen Sie erhaltenes Kindergeld zurückerstatten?



Mandanten-Info

Stolperfallen beim Kindergeld

Einleitung

1 Kindergeld und Kinderfreibetrag

1.1 Gefahr der Steuerhinterziehung beim Kindergeld

1.2 Kindergeldbezugsberechtigte

2 Kindergeldrelevante Kinder

3 Unbeschränkte Steuerpflicht als Voraussetzung für den Kindergeldbezug

4 Kindergeld für Deutsche im Ausland

5 Kindergeld für Deutsche mit Auslandsbezug

5.1 Kindergeld für Grenzgänger

5.2 Vorrangigkeit vergleichbarer ausländischer Leistungen

6 Stolperfälle Haushaltszugehörigkeit des Kindes

6.1 Aufnahme in den Haushalt

6.2 Wechsel vom In- ins Ausland

6.3 Kind im EU-Ausland: Kein Kindergeld für Elternteil im Inland

6.4 Großeltern als Kindergeldbezugsberechtigte

6.5 Mehrere Anspruchsberechtigte

6.6 Keine Anspruchsberechtigten

6.7 Kind mit eigener Wohnung

7 Stolperfälle Ausbildung

7.1 Ausbildung in mehreren Akten

7.2 Ausbildungsvergütung verhindert Abzweigung

Einleitung

So einfach ist es: Kindergeld wird monatlich als Steuervergütung gezahlt. So kompliziert kann es werden: Wer unberechtigt Kindergeld bezieht, kann sich strafbar machen, weil er Steuern hinterzieht!

Problematisch können in diesem Zusammenhang beispielsweise Fälle werden, in denen die Eltern im In- oder Ausland getrennt leben: Gem. § 64 Abs. 2 S. 1 EStG ist nur derjenige kindergeldbezugsberechtigter, der das Kind in seinen Haushalt aufgenommen hat. Zieht das Kind zum anderen Elternteil, erlischt ab diesem Zeitpunkt die Kindergeldbezugsberechtigung des vormals betreuenden Elternteils. Sie als Bezugsberechtigter müssen Ihren Hinweis- und Korrekturpflichten gegenüber der Familienkasse nachkommen, wenn sich an den Umständen nach der Antragstellung etwas ändert. Vernachlässigen Sie diese Pflicht und lassen das Kindergeld weiter laufen, hinterziehen Sie Steuern. Und zwar nicht etwa nur leichtfertig, sondern mit Vorsatz, denn die Familienkasse weist schon penetrant darauf hin, dass ihr Änderungen der Verhältnisse mitgeteilt werden müssen.

Die Folgen sind wenig erfreulich: Es drohen Geldbußen und Rückforderungen bis zu zehn Jahren.

Wann Sie Anspruch auf Kindergeld haben, wann nicht, wann Sie was der Familienkasse mitteilen müssen, um nicht in die Falle Steuerhinterziehung zu tappen, erfahren Sie in der Mandanten-Info.

1 Kindergeld und Kinderfreibetrag

1.1 Gefahr der Steuerhinterziehung beim Kindergeld

So einfach ist es: Kindergeld wird monatlich als Steuervergütung gezahlt. Jedoch ist zu beachten: Wer unberechtigt Kindergeld bezieht, macht sich strafbar, weil er Steuern hinterzieht (§ 370 Abgabenordnung/AO)! Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Was manche dabei aus den Augen verlieren, ist die Tatsache, wie schnell – und teilweise auch ungewollt – sie selbst zum Steuerhinterzieher werden können.

Die Familienkassen weisen darauf hin, dass ihnen alle (steuer-)erheblichen Veränderungen umgehend mitgeteilt werden müssen. Wer die Familienkasse nicht rechtzeitig über alle wichtigen Veränderungen informiert, kann sich nicht auf Unkenntnis berufen. Ihm wird mindestens grobe Fahrlässigkeit oder sogar Vorsatz unterstellt.

Sehr wichtig:

Wem ein Fehler unterlaufen ist, hat die Möglichkeit, eine strafbefreiende Selbstanzeige zu erstatten. Dies kann mit einem einfachen Brief ans Finanzamt geschehen, in dem die bisherigen Angaben berichtigt werden. Im Detail ist die strafbefreiende Selbstanzeige jedoch seit der letzten Gesetzesänderung sehr kompliziert geworden, denn es müssen vollumfänglich alle Tatsachen in einem Dokument aufgedeckt werden. Deshalb sollten Sie diesen Schritt NIE ohne den qualifizierten Rat eines Experten machen (z. B. Steuerberater oder Rechtsanwalt).

1.2 Kindergeldbezugsberechtigte

Eigentlich steht das Kindergeld dem Kind zu. Mit dem Kindergeld soll dessen steuerfreies Existenzminimum gesichert werden. Da Kindergeldberechtigte Kinder in der Regel von ihren Eltern versorgt werden, sind die Eltern diejenigen, die das Kindergeld erhalten. Volljährige Kinder mit Anspruch auf Kindergeld können nicht selbst einen Antrag auf Kindergeld stellen, es sei denn die Eltern kommen ihren Unterhaltspflichten nicht oder nicht ausreichend nach (sog. Abzweigungsantrag, weitere Erläuterungen hierzu unter →Kapitel 7.2).

Wichtig:

Auch bei Anträgen auf Abzweigung werden die Voraussetzungen, ob überhaupt ein Anspruch auf Kindergeld besteht, geprüft. Falschangaben oder verschwiegene Unterhaltzahlungen sind strafrechtlich relevant.

Das Kindergeld steht für das Kind beiden Elternteilen je zur Hälfte zu. Der Anspruch auf Kindergeld entsteht im Geburtsmonat des Kindes, die Höhe richtet sich nach der Anzahl der Kinder. Der Anspruch auf Kindergeld entsteht automatisch, allerdings muss ein schriftlicher Antrag bei der Familienkasse gestellt werden.

Wichtig:

Wechselt das Kind den Haushalt im Laufe eines Monats (z. B. bei getrennt lebenden Eltern), kann der neue Berechtigte das Kindergeld erst ab dem Folgemonat beanspruchen.

Statt des Kindergeldes kann ein Kinderfreibetrag für Sie günstiger sein. Ob für Sie das Kindergeld oder der Kinderfreibetrag günstiger ist, prüft Ihr Steuerberater gerne vorab. Wenn Sie Ihre Steuererklärung selbst anfertigen, müssen Sie sich auf die Günstigerprüfung des Finanzamtes verlassen. Der Kindergeldanspruch wird als Vorauszahlung auf den Kinderfreibetrag angerechnet.

Als grobe Faustregel gilt: Der Kinderfreibetrag ist umso günstiger, je höher das elterliche Einkommen ist. Gleichgültig aber, wie hoch Ihr Einkommen ist: Sie sollten auf jeden Fall den Antrag auf Kindergeld stellen, da Sie so das Geld schon mal sicher haben und oft erst im Nachhinein bekannt wird, ob der Kinderfreibetrag tatsächlich günstiger ist. Das gilt vor allem für Eltern mit schwankenden Einkommen.

Der Anspruch auf den Kinderfreibetrag entsteht im Geburtsmonat des Kindes und hat so lange Bestand, wie auch der Kindergeldanspruch besteht, also

- bis zum 18. Lebensjahr;
- bis zum 25. Lebensjahr, wenn sich das Kind noch in Ausbildung oder Studium befindet;
- auch über das 25. Lebensjahr hinaus, wenn das Kind behindert ist und außerstande, sich selbst zu unterhalten.

Auf Antrag kann der Kinderfreibetrag auf den anderen Elternteil übertragen werden, wenn der eine Elternteil seinen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber dem Kind nicht nachkommt oder mangels Leistungsfähigkeit nicht unterhaltspflichtig ist.

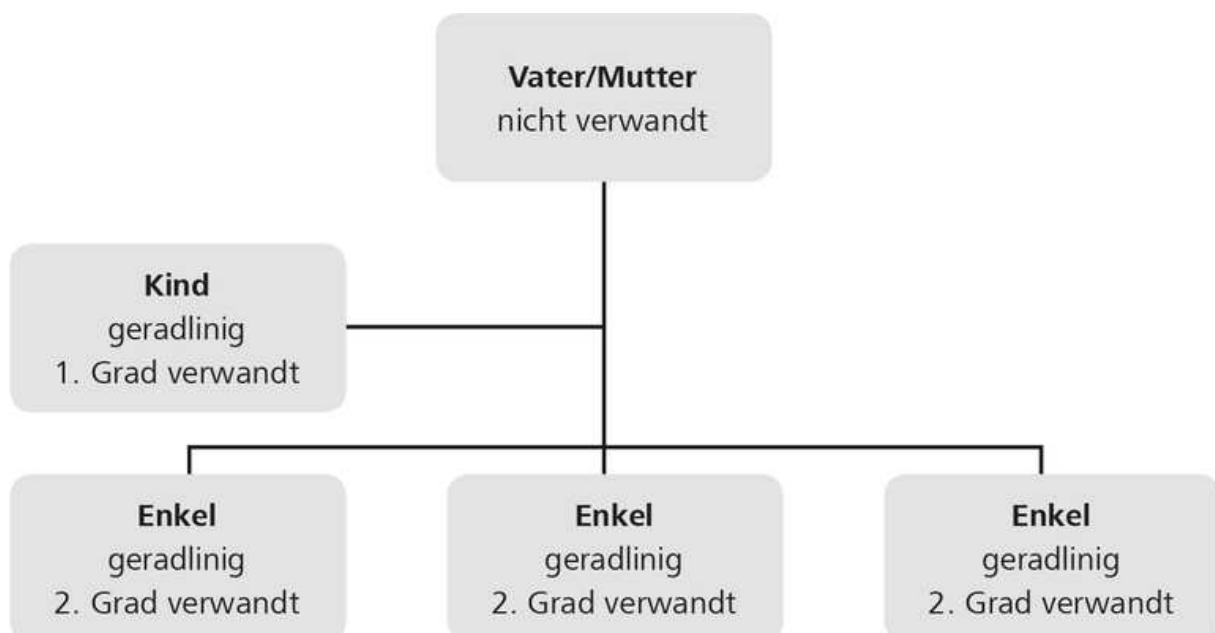
Für behinderte Kinder gilt: Damit der Anspruch auf Kindergeld oder Kinderfreibetrag über das 25. Lebensjahr hinaus bestehen bleibt, muss die Behinderung vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetreten sein.

Der Kinderfreibetrag (einschließlich Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung) wurde rückwirkend zum 01.01.2015 von 7.008 Euro um 144 Euro auf 7.152 Euro je Kind erhöht. Ab dem 01.01.2016 fand eine erneute Anhebung um 96 Euro statt, so dass sich der Freibetrag seither auf 7.248 Euro beläuft.

Kinderzahl	Kindergeld in Euro		
	bis 31.12.2014	ab 01.01.2015	ab 01.01.2016
1	184	188	190
2	184	188	190
3	190	194	196
Ab 4	215	219	221

2 Kindergeldrelevante Kinder

Anspruch auf Kindergeld besteht nach dem Einkommensteuergesetz (EStG) für Kinder, die im ersten Grad verwandt sind, also Eltern und Kind(er). Geradlinig miteinander verwandt sind nur solche Menschen, die voneinander abstammen, also Eltern und Kind(er) (erster Grad), Großeltern und Enkel (zweiter Grad) ... Die Verwandtschaft gilt so auch zwischen nichtehelichen Kindern und ihrem Vater sowie dessen Verwandtschaft.



Von Pflegekindern spricht man, wenn das Kind im Haushalt der Pflegeeltern sein Zuhause hat, und wenn die Pflegeeltern zu dem Kind in einer familienähnlichen, auf längere Dauer angelegten Beziehung wie zu einem eigenen Kind stehen. Das Obhut- und Pflegeverhältnis zu den leiblichen Eltern darf nicht mehr bestehen.

Für im Ausland wohnende und in Deutschland nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtige deutsche Staatsangehörige kann ein Anspruch nach dem Bundeskindergeldgesetz bestehen. Als Kinder werden nach § 2 Abs. 1 Bundeskindergeldgesetz (BKGG) berücksichtigt:

- leibliche Kinder und im ersten Grad verwandte Kinder – wozu auch adoptierte Kinder zählen;
- Stiefkinder und Enkelkinder, die vom Antragsteller in seinen Haushalt aufgenommen wurden;
- Pflegekinder, die in den Haushalt aufgenommen wurden, sofern die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften erfüllt sind. Das Pflegekind darf also nicht zu Erwerbszwecken – gegen Geld – in den Haushalt aufgenommen werden, sondern es muss ein familienähnliches Verhältnis auf lange Dauer bestehen. Das Betreuungsverhältnis zu den leiblichen Eltern darf nicht vorhanden sein. Hat ein Pflegekind einen eigenen Haushalt gegründet, entfällt der Anspruch auf Kindergeld (Finanzgericht Köln vom 25.11.2015 – 14 K 1304/15, anhängig beim Bundesfinanzhof unter Az.: XI R 1/16).

3 Unbeschränkte Steuerpflicht als Voraussetzung für den Kindergeldbezug

Um Kindergeld nach dem EStG zu erhalten, müssen Sie in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sein. Unbeschränkt steuerpflichtig ist jemand, der als natürliche Person entweder seinen Wohnsitz (§ 8 AO) oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt (§ 9 AO) im Inland hat.

Wichtig:

Sie können auch, ohne dass es Ihrem Kindergeldantrag schadet, mehrere Wohnsitze haben – aber einer davon muss (!) in Deutschland sein.

Entscheidend für das Vorliegen eines Wohnsitzes sind die tatsächlichen Verhältnisse, wo also der Lebensmittelpunkt ist. Im steuerlichen Sinn ist eine Wohnung jede objektiv zum Wohnen geeignete Räumlichkeit, also durchaus auch ein möbliertes Zimmer.

Die reine Absicht, den Wohnsitz in Deutschland zu gründen, genügt nicht. Auch eine Anmeldung beim Einwohnermeldeamt ist eigentlich irrelevant, kann aber natürlich als Indiz ins Feld geführt werden, ob überhaupt und wenn ja, wo ein Wohnsitz besteht.

Wichtig:

Keinen Wohnsitz in Deutschland haben die Personen, die hier ihren Urlaub verbringen oder sich zu Besuch hier aufhalten oder von Berufswegen hier sind (Bundesfinanzhof/BFH vom 20.11.2008 – III R 53/05). In einem solchen Fall nutzt es auch nichts, wenn man sich beim Einwohnermeldeamt anmeldet. Im konkreten Fall war eine Deutsche mit einem US-amerikanischen Soldaten verheiratet. Für die beiden Kinder hatte sie Kindergeld bezogen. Als ihr Ehemann in die Staaten zurückbeordert wurde, hatte sie sich am Wohnsitz ihrer Eltern angemeldet. Dadurch habe sie keinen (neuen) Wohnsitz in Deutschland begründet, sondern sei mit der Familie in die USA gezogen. Folge: Das Kindergeld muss für die zu Unrecht bezogenen Jahre zurück bezahlt werden.

Ein gewöhnlicher Aufenthalt ist der Ort, an dem man sich nicht nur vorübergehend aufhält. § 9 AO definiert: *Darunter versteht man einen zeitlich zusammenhängenden Aufenthalt von mehr als sechs Monaten Dauer, kurzfristige Unterbrechungen bleiben unberücksichtigt. Kein gewöhnlicher Aufenthalt besteht, wenn ausschließlich Besuchs-, Erholungs-, Kur- oder ähnliche private Zwecke den Grund des Aufenthaltes bilden und der Aufenthalt nicht länger als ein Jahr dauert.*

Welche Nationalität derjenige hat, der Kindergeld beziehen will, ist völlig gleichgültig. Auch Ausländer mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland haben Anspruch auf Kindergeld. Ob diese Personen dann tatsächlich erwerbstätig sind oder nicht, ist nebensächlich.

Wenn Sie aus einem sogenannten Drittland außerhalb der Europäischen Union stammen, müssen Sie eine gültige Aufenthaltserlaubnis oder einen bestimmten Aufenthaltstitel besitzen.

Staatsangehörige eines EU-Staates oder eines Staates des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) benötigen keine Niederlassungserlaubnis oder Aufenthaltserlaubnis. Für sie gilt das Recht der Freizügigkeit. Sie haben, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, wie Deutsche Anspruch auf Kindergeld.

Staatsangehörige aus der Türkei, die Arbeitnehmer bzw. Familienangehörige oder Hinterbliebene solcher Arbeitnehmer sind, benötigen ebenfalls weder Niederlassungs- noch Aufenthaltserlaubnis, um in Deutschland einen für das Kindergeld notwendigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zu erlangen. Voraussetzungen sind

- ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis oder
- der Bezug von Elterngeld, Elternzeit nach BEEG, Mutterschafts-, Kranken-, Versorgungskranken-, Verletzten- oder Übergangsgeld wegen medizinischer Maßnahmen der Rehabilitation,
- die Betreuung eines Kindes unter drei Jahren oder
- der Bezug von Leistungen der Arbeitslosenversicherung.

Der Anspruch auf Kindergeld besteht ab dem Monat, ab dem der Antragsteller und seine Kinder in Deutschland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt begründen.

Wichtig:

Ohne einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland besteht ggf. dennoch ein Anspruch auf Kindergeld. Wenn mindestens 90 % der Einkünfte im Kalenderjahr der deutschen Einkommensteuer unterliegen oder die nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte den Grundfreibetrag in Höhe von 8.472 Euro [in 2015] bzw. 8.652 Euro [in 2016] nicht übersteigen, liegen die Voraussetzungen für einen Antrag für die unbeschränkte Steuerpflicht nach § 1 Abs. 3 EStG vor. Sie sollten, bevor Sie einen solchen Antrag stellen, mit Ihrem Steuerberater Rücksprache halten, damit Sie alle möglichen Folgen dieses Antrags abwägen können.

4 Kindergeld für Deutsche im Ausland

Wer als Deutscher keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt (mehr) in Deutschland hat, ist folglich auch nicht unbeschränkt steuerpflichtig mit der Folge, dass er auch nicht berechtigt ist, Kindergeld zu beziehen. Unter bestimmten Umständen aber können Sie in solchen Fällen dennoch Kindergeld erhalten, etwa weil Sie unter anderem

- in einem Versicherungspflichtverhältnis zur Bundesagentur für Arbeit stehen oder
- als Entwicklungshelfer oder Missionar tätig sind oder
- eine Tätigkeit nach den Vorschriften des Beamtenrechts in einer Einrichtung außerhalb Deutschlands ausüben oder
- Rente nach deutschen Vorschriften beziehen.

Des Weiteren müssen die Kinder, für die Kindergeld bezogen wird, ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben, es sei denn, es handelt sich um die Kinder von Entwicklungshelfern und Missionaren.

5 Kindergeld für Deutsche mit Auslandsbezug

5.1 Kindergeld für Grenzgänger

Von Grenzgängern oder Grenzpendlern spricht man, wenn jemand im EU- oder EWR-Ausland wohnt und regelmäßig nach Deutschland einpendelt, um hier zu arbeiten, oder umgekehrt, in Deutschland wohnt und regelmäßig ins EU- oder EWR-Ausland auspendelt, um dort zu arbeiten.

Beispiel: Christian B. wohnt mit seiner Frau und seinen drei Kindern in Frankreich und pendelt jeden Tag nach Offenburg zu seiner deutschen Arbeitsstelle.

In solchen Fällen kann der Anspruch auf Kindergeld in zwei Staaten entstehen, in dem einen wegen der Erwerbstätigkeit und in dem anderen wegen des Wohnsitzes. Ist dies der Fall, greift die Rangfolgeregelung. Meist ist der Staat, in dem die Erwerbstätigkeit oder Beschäftigung ausgeübt wird, vorrangig vor dem, in dem gewohnt wird. Im obigen Beispiel wird also Deutschland das Kindergeld in voller Höhe zahlen, wohingegen der Kindergeldanspruch in Frankreich ruht.

Wichtig:

Wohnen Eltern mit ihren Kindern in Deutschland, arbeiten aber in der Schweiz, stehen ihnen Leistungen für ihre Kinder nur nach dem in der Schweiz geltenden Recht zu. Sie haben auch keinen Anspruch auf den Ausgleich der Differenz zwischen dem in der Schweiz gezahlten und dem deutschen Kindergeld (BFH vom 24.03.2006 III R 41/05).

5.2 Vorrangigkeit vergleichbarer ausländischer Leistungen

Kindergeld wird nicht bezahlt, wenn das Kind im Ausland wohnt und es dort eine vergleichbare Leistung gibt (§ 65 Abs.1 S.1 Nr.2 EStG). Wird eine solche Leistung im Ausland gewährt, oder wäre sie bei entsprechender Antragstellung zu gewähren, gibt es kein deutsches Kindergeld. So soll doppelte Inanspruchnahme von Kindergeld vermieden werden.

Ein in Deutschland lebender und Unterhalt zahlender Vater kann beispielsweise keinen Kinderfreibetrag geltend machen, wenn die in Österreich lebende Mutter dort für das gemeinsame Kind Kindergeld erhält, das höher ist als die Steuerersparnis des Vaters bei Abzug eines Kinderfreibetrages (BFH vom 13.08.2002 VIII R 53/01).

Wichtig:

Die Familienkasse prüft in solchen Fällen der Anspruchskonkurrenz von Amts wegen, ob ein Kindergeldanspruch nach deutschem Recht besteht. Sie darf verlangen, dass der Antragsteller ihr Unterlagen vorlegt, die für die Entscheidung bedeutsam sein könnten. Tut er das nicht oder (zu) spät, kann sie den Antrag ablehnen. Wer dann dagegen mit Anwalt vorgeht, muss die Anwaltskosten selbst tragen, auch wenn der Antrag selbst genehmigt wird, sobald die Unterlagen vorliegen (Finanzgericht Rheinland-Pfalz vom 02.06.2016 6 K 1816/15).

6 Stolperfälle Haushaltszugehörigkeit des Kindes

6.1 Aufnahme in den Haushalt

Was bedeutet Aufnahme in den Haushalt ? Aufnahme in den Haushalt heißt, dass das Kind im Haushalt sein Zuhause hat, sich also dort gewöhnlich aufhält, versorgt und auch betreut wird.

Für eine Haushaltszugehörigkeit reicht es nicht aus, dass das Kind

- unter einer bestimmten Adresse gemeldet ist,
- dass es tageweise in diesem Haushalt betreut wird,
- dass sich Eltern und Groß- bzw. Pflegeeltern bei der Kinderbetreuung abwechseln.

Gehört ein Kind nicht zum Haushalt, hat die betreffende Person, die den Haushalt führt, keinen Anspruch auf Kindergeld.

6.2 Wechsel vom In- ins Ausland

Bei einem Wegzug des Kindes vom In- ins Ausland ist nur der Elternteil zum Kindergeldbezug berechtigt, in dessen Haushalt das Kind lebt. Vorsicht deshalb bei getrennt lebenden Eltern, bei denen einer im In-, der andere im Ausland lebt. Bleibt das Kind bei dem Elternteil, der in Deutschland wohnt, gibt es keine Schwierigkeiten. Zieht das Kind dagegen zum ausländischen Elternteil, erlischt ab diesem Zeitpunkt die Kindergeldbezugsberechtigung des vorher betreuenden Elternteils.

Wichtig:

Ändern sich Ihre familiären Umstände, nachdem Sie den Antrag auf Kindergeld gestellt haben, dann müssen (!) Sie die Familienkasse unterrichten und Ihren Antrag korrigieren. Wer diesen Hinweis- und Korrekturpflichten nicht nachkommt, sondern diese Pflicht auf die leichte Schulter nimmt und das Kindergeld weiterlaufen lässt, der hinterzieht Steuern! Und zwar mit Vorsatz, denn die Familienkasse weist schon geradezu penetrant darauf hin, dass ihr Änderungen der Verhältnisse mitgeteilt werden müssen. Die Folgen sind wenig erfreulich: Es drohen Geldbußen und Rückforderungen bis zu zehn Jahren.

6.3 Kind im EU-Ausland: Kein Kindergeld für Elternteil im Inland

Wenn darüber zu entscheiden ist, ob eine Person berechtigt ist, Kindergeld zu beziehen, dann ist die Situation der gesamten Familie so zu berücksichtigen, als würden alle beteiligten Personen unter das Recht des betreffenden EU-Mitgliedstaats fallen und dort wohnen. Es wird also fingiert, dass die gesamte Familie in einem Mitgliedstaat lebt.

Die Regelungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in der EU, dass der Antrag eines Elternteils als Antrag der berechtigten Person anzusehen ist, sind aber nicht dahingehend auszulegen, dass dann, wenn der eigentlich Kindergeldbezugsberechtigte keinen Antrag stellt, automatisch der andere Elternteil bezugsberechtigt wird. Die Wohnsitzfiktion ermöglicht Kindergeldbezugsberechtigung. In solchen Fällen sollten Sie sich unbedingt mit Ihrem Steuerberater in Verbindung setzen.

Beispiel: Pavel lebt und arbeitet in Deutschland. Sein vor drei Jahren geborener Sohn lebt bei der Mutter Maria in Polen. Pavel ist zwischenzeitlich von Maria geschieden.

Pavel beantragt Kindergeld. Der Antrag wird abgelehnt. Der Grund: Das Kind ist im Haushalt von Maria aufgenommen. Folglich ist sie vorrangig kindergeldberechtigt. Das gilt auch, wenn Maria weder in Polen noch in Deutschland Kindergeldzahlungen oder Familienleistungen bezieht. Pavel hat keinen Anspruch auf Kindergeld für seinen in Polen lebenden Sohn, obwohl die Kindergeldbezugsberechtigung im Grundsatz gegeben ist. Aber der Anspruch für das Kindergeld stand auch der Kindsmutter zu. Bei mehreren Berechtigten wird das Kindergeld demjenigen gezahlt, der das Kind in seinen Haushalt aufgenommen hat. Und der Sohn lebt bei der Mutter in Polen.

Hier hat Maria wegen der Wohnsitzfiktion einen Kindergeldanspruch in Deutschland. Diese Fiktion kann nach Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH vom 22.10.2015 C-378/14 Trapkowski) dazu führen, dass der Anspruch auf Familienleistungen einer Person zusteht, die nicht in dem Mitgliedstaat wohnt, der für die Gewährung dieser Leistungen zuständig ist.

Wichtig:

Alle Anspruchsvoraussetzungen für den Anspruchsteller von Kindergeld müssen nach nationalem hier deutschem Recht erfüllt sein. Lebt ein Kind im EU-Ausland bei der geschiedenen Ehefrau oder den Großeltern, sind diese, nicht aber der in Deutschland lebende Vater kindergeldbezugsberechtigt. Wenn Sie sich unsicher sind, wer den Antrag auf Kindergeld stellen sollte, hilft Ihnen Ihr Steuerberater weiter.

Auf diesem Themengebiet sind noch etliche Fragen ungeklärt. Musterverfahren vor dem Bundesfinanzhof werden derzeit geführt. Ihr Steuerberater hilft Ihnen bei der Entscheidung, ob gegen derzeit aussichtslose Kindergeldanträge Rechtsmittel (Einspruch mit Antrag auf Ruhen des Verfahrens) sinnvoll sind.

6.4 Großeltern als Kindergeldbezugsberechtigte

Großeltern erhalten Kindergeld, wenn ihnen das Sorgerecht zugesprochen wurde. Ohne Sorgerecht besteht in der Regel kein Anspruch auf Auszahlung des Kindergeldes.

Tritt jedoch der Sorgeberechtigte das Sorgerecht ab, etwa wegen Krankheit, muss er eine Abtretungsanzeige bei der Familienkasse einreichen. Dann können die Großeltern einen entsprechenden Antrag auf Kindergeld stellen.

Der Sorgeberechtigte kann diese Abtretung jederzeit wieder rückgängig machen. Das stellt eine kommunikative Herausforderung zwischen den Beteiligten dar. Denn gleichgültig, weshalb Kindergeld zu Unrecht bezogen wurde: Verantwortlich für die Rechtmäßigkeit des Bezugs ist der Sorgeberechtigte und das, obwohl er das Recht abgetreten hat. Der Sorgeberechtigte muss also die zu Unrecht bezogenen Kindergeldbeträge an die Familienkasse zurückzahlen. Ob und wie er sich diese Rückzahlung von den Großeltern oder dem Kind zurückholen kann, ist sein Privatvergnügen.

Stirbt der sorgeberechtigte Elternteil, müssen die Großeltern dies gegenüber der Familienkasse nachweisen.

6.5 Mehrere Anspruchsberechtigte

Nicht immer wohnen die Eltern gemeinsam mit dem Kind in einem Haushalt. Das Kindergeld erhält nur die Person, in deren Haushalt das Kind aufgenommen wurde. Wenn das Kind in einem anderen Haushalt lebt, dann hat der Elternteil, der laufend den höheren Barunterhalt zahlt, Anspruch auf das Kindergeld.

Wichtig:

Es wird nur der Barunterhalt gewertet, also die Unterhaltsrente im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB). Sach- oder Betreuungsleistungen zählen nicht. Eine Mutter könnte also etwa, wenn sie weniger Unterhalt bezahlt als der Vater des Kindes, nicht damit aufrechnen dass sie für das Kind wäscht, bügelt oder Essen kocht.

Wenn beide Elternteile entweder gar keinen Unterhalt bezahlen oder sich betragsmäßig hälftig den Unterhalt teilen, können sie untereinander festlegen, wer das Kindergeld erhält. Sollten sie sich untereinander nicht gütlich einigen, kann beim zuständigen Familiengericht beantragt werden, dass dieses den Kindergeldbezugsberechtigten bestimmt.

Wichtig:

Wenn beide Elternteile sich nicht nur den Barunterhalt teilen, sondern sich neben der finanziellen Seite auch die Betreuung und die Sachleistungen zum Unterhalt teilen, spricht man von einem Wechselmodell. Ein echtes Wechselmodell können die Eltern nur einvernehmlich durchführen – sie können dazu nicht vom Gericht gezwungen werden. Beim Wechselmodell wird das Kindergeld wie folgt verteilt: Die Hälfte des Kindergeldes wird auf den gleichwertigen Betreuungsanteil der Eltern verteilt, so dass jeder Elternteil zunächst Anspruch auf ein Viertel des Kindergeldes hat. Die andere Hälfte des Kindergeldes bezieht sich auf den Barunterhalt, den jeder Elternteil je nach Einkunftssituation zu erbringen hat. Diese Hälfte wird nach dem Verhältnis der Einkünfte zwischen den Eltern geteilt.

6.6 Keine Anspruchsberechtigten

Auch Kinder, die Vollwaisen sind, oder die den Aufenthaltsort ihrer Eltern nicht kennen, sind berechtigt, Kindergeld zu beziehen. In diesem Fall müssen sie selbst den Antrag auf Kindergeld stellen (§ 1 Abs. 2 Bundeskindergeldgesetz /BKGG). Für diesen Antrag gibt es ein spezielles Formular. Die Kinder erhalten das Kindergeld dann direkt ausbezahlt. Dieser Anspruch besteht aber nicht, wenn das Kind in einen Haushalt, etwa den der Großeltern oder Geschwister des verstorbenen Elternteils oder bei einem Stiefelternteil, aufgenommen wurde.

6.7 Kind mit eigener Wohnung

Auch volljährige Kinder, die bereits in einer eigenen Wohnung leben, können noch zum Haushalt der Eltern oder eines Elternteils gehören - beispielsweise bei studierenden Kindern oder bei Kindern, die im Internat sind. Haben sie neben der Studentenbude noch ein Zimmer zuhause und kommen sie regelmäßig dorthin zurück, haben sie dort offensichtlich noch ihren Lebensmittelpunkt. Also sind sie noch haushaltszugehörig, so dass derjenige, der den Haushalt führt, das Kindergeld beantragen kann.

Wichtig:

Wenn das Kind aber seinen eigenen Haushalt unterhält und damit weder in den Haushalt des einen noch den des anderen Elternteils aufgenommen ist, dann erhält der Elternteil das Kindergeld, der entweder überhaupt einen Barunterhalt bezahlt, oder falls beide eine Unterhaltsrente bezahlen - derjenige, der den höchsten Barunterhalt bezahlt. Bezahlen beide gleich hohe Unterhaltsbeträge, kann auf Antrag das Familiengericht bestimmen, wer das Kindergeld erhält. Sachleistungen zum Unterhalt des Kindes werden nicht berücksichtigt.

7 Stolperfalle Ausbildung

7.1 Ausbildung in mehreren Akten

Bei der Frage, ob bereits der erste berufsqualifizierende Abschluss dazu führt, dass die Erstausbildung verbraucht ist und alle weiteren Akte der Bildung als Zweitausbildung respektive -studium oder als Weiterbildung angesehen werden, die keinen Anspruch auf Kindergeld (mehr) begründen, ist darauf abzustellen, ob der erste Abschluss ein integrativer Bestandteil eines einheitlichen Ausbildungsgangs darstellt. Davon spricht man, wenn die Ausbildungsabschnitte in einem engen sachlichen und zeitlichen Zusammenhang zueinander stehen. Das ist nicht so, wenn das Kind eine weitere Ausbildung erst beginnt, nachdem es schon einige Zeit (Monate, Jahre) berufstätig war, es sei denn, die Berufstätigkeit dient nur einer zeitlichen Überbrückung bis das Kind mit der Ausbildung fortfahren kann.

Wichtig:

Es muss auch dargelegt werden können, dass das Kind die für sein angestrebtes Berufsziel erforderliche Ausbildung nicht bereits mit dem ersten erlangten Abschluss beendet hat.

Ein erster berufsqualifizierender Abschluss gilt nicht als Erstausbildung, wenn sich dieser Abschluss als integrativer Bestandteil eines einheitlichen Ausbildungsgangs darstellt. Beispielsweise die Prüfung als Fachinformatikerin im Rahmen einer dualen Ausbildung zum Bachelor in Wirtschaftsinformatik oder der Bachelor-Abschluss im Rahmen eines konsekutiven Masterstudiums (BFH vom 03.09.2015 – VI R 9/15).

Wichtig:

Eine solche einheitliche Erstausbildung liegt aber nicht mehr vor, wenn der zweite Ausbildungsabschnitt eine Berufstätigkeit voraussetzt. Wenn also ein berufsbegleitendes Studium an einer Verwaltungsakademie voraussetzt, dass der Student mindestens ein Jahr berufspraktische Erfahrung gesammelt hat, dann handelt es sich um einen Weiterbildungsstudiengang und nicht um eine Zweitausbildung, denn das Studium ist nicht integrativer Bestandteil einer einheitlichen Erstausbildung. Es besteht in einem solchen Fall kein Anspruch auf Kindergeld.

Beispiel: Karla hat nach ihrer Ausbildung zur Kauffrau im Gesundheitswesen als Angestellte in einer Klinik gearbeitet. Danach hat sie sich für ein berufsbegleitendes Studium an einer Verwaltungsakademie beworben, das eine kaufmännische Berufsausbildung und eine einjährige Berufstätigkeit voraussetzte. Sie strebte eine Tätigkeit im mittleren Management im Gesundheitswesen an. Nach Ansicht der Familienkasse hatte sie eine Ausbildung abgeschlossen. Weil sie zudem weiterhin 30 Wochenstunden arbeitete, wurde die Kindergeldfestsetzung aufgehoben.

Wenn ein Kind zwischen 18 und 25 Jahren eine Ausbildung oder ein Studium abgeschlossen hat und sich in einer zweiten Ausbildung befindet, besteht nur dann ein Anspruch auf Kindergeld für dieses Kind, wenn es keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Nur eine Erwerbstätigkeit mit bis zu 20 Stunden regelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit (sog. Werkstudent), ein Ausbildungsverhältnis oder ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis (Mini-Job auf 450 Euro-Basis oder kurzfristige Beschäftigung) sind un-schädlich.

7.2 Ausbildungsvergütung verhindert Abzweigung

Kinder können im Normalfall keinen eigenen Antrag auf Kindergeld stellen, da es den Eltern zusteht. Etwas anderes gilt, wenn die Eltern ihren Unterhaltsverpflichtungen nicht nachkommen. Dann können volljährige Kinder einen Antrag auf Abzweigung stellen und das Kindergeld wird direkt an das Kind ausbezahlt. Ein solcher Antrag hat aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn das Kind bedürftig ist. Erhält das Kind in seiner Ausbildung eine Vergütung, ist es in aller Regel nicht bedürftig.

Beispiel: Sabrina begann im August 2013 eine Banklehre. Im Februar 2014 beantragte sie bei der Familienkasse die Abzweigung des Kindergelds aus dem Anspruch ihrer Mutter an sich selbst. Auf Nachfrage teilte die Mutter mit, dass sie ihrer Tochter Barunterhalt und Sachleistungen gewähre. Daraufhin lehnte die Familienkasse die Abzweigung ab. Im Finanzgerichtsverfahren gab Sabrina an, sie erhalte keinen Barunterhalt. Ihre Mutter übernehme lediglich den Familien-Mitgliedsbeitrag für ein Ballettstudio in Höhe von 90 Euro pro Monat. Sie, Sabrina, wolle die Abzweigung des Kindergelds in Höhe von 99 Euro monatlich; dies entspreche dem Differenzbetrag zwischen dem Kindergeld von 184 Euro und dem Einzelbeitrag für das Ballettstudio von 85 Euro. Demgegenüber bestand die Mutter auf die Auszahlung des Kindergelds an sich selbst.

Das Finanzgericht Düsseldorf (Urteil vom 07.04.2016 – 16 K 377/16-AO) hat die Abzweigung abgelehnt. Die Mutter der Klägerin habe ihre Unterhaltspflicht nicht verletzt, da Sabrina infolge ihrer Ausbildungsvergütung von monatlich 850 Euro nicht bedürftig gewesen sei.

Wichtig:

Das Urteil ist nicht rechtskräftig, da die Revision zum Bundesfinanzhof zugelassen wurde. Dort ist das Verfahren unter dem Aktenzeichen V R 22/16 anhängig. Erkundigen Sie sich in ähnlichen Fällen bei Ihrem Steuerberater, wie der aktuelle Rechtsstand ist.

Eine Abzweigung nicht aber natürlich der Kindergeldanspruch scheidet also aus, wenn eine Unterhaltsverpflichtung mangels Bedürftigkeit des Kindes, entfällt.